

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 1/2 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate 1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Gesetz, betreffend die Bestreitung der dem König Georg und dem Herzog Adolph zu Nassau gewährten Ausgleichssummen.

Vom 28. Februar 1868.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

Die Bestreitung der an den König Georg mit 16 Millionen Thalern und an den Herzog Adolph zu Nassau mit 8,892,110 Thalern 1 Sgr. 6 Pf. gewährten Ausgleichssummen aus dem durch das Gesetz vom 28. September 1866, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung und die Dotierung des Staatsschatzes (Gesetzsamml. S. 607), eröffneten Kredit wird auf Grund der Verträge vom 18. und vom 29. September 1867 genehmigt, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages zu den im §. 4 des mit dem König Georg abgeschlossenen Vertrages vorgesehenen besonderen Anordnungen und definitiven Vereinbarungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Berlin, den 28. Februar 1868.

(L. S.)

Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen. Freiherr v. d. Heydt.

Gr. v. Ippenplig. v. Mühler. v. Selchow.

Gr. zu Eulenburg. Leonhardt.

An des Königs Majestät.

Berlin, 2. März 1868.

Als das Staatsministerium die Genehmigung Ew. königlichen Majestät für das am 29. September v. J. mit dem König Georg V. getroffene Abkommen eifrigst nachsuchte, war es sich wohl bewußt, daß durch eine definitive Anerkennung des Prager Friedens und des durch die Ereignisse in Deutschland geschaffenen Zustandes seitens des Königs Georg nicht erlangt werden würde. Dessenungeachtet durfte es die Allerhöchste Genehmigung befürworten, weil es in der Natur des Vertrags-Verhältnisses lag, die Fortsetzung von Verbindlichkeiten des einen pacifizierenden Theils gegen den andern auszuschießen. Ohne die Voraussetzung eines durch die Verhandlung von selbst faktisch eintretenden Friedensstandes konnten die von Ew. königlichen Majestät in so großmüthiger Weise gebotenen Leistungen weder gewährt, noch angenommen werden. Eine andere Auffassung des Vertrages darf als unmöglich bezeichnet werden. In dieser Auffassung hat Deutschland und Europa den Abschluß des Vertrages als eine Bürgschaft der Ruhe und des Friedens begrüßt, hat der Vertrag der Monarchie seine Zustimmung zu den Vorlagen erteilt, durch welche die Ausführung des Vertrages und der Verwendung der dazu erforderlichen Geldmittel eine gesicherte Grundlage gegeben werden sollte, haben Ew. königliche Majestät das betreffende Gesetz sanctionirt. Der König Georg V. aber hat durch seine Unterschrift die notwendigen Voraussetzungen und Bedingungen so wie die ebenso notwendigen Konsequenzen des Vertrages vor ganz Europa anerkannt.

Das Staatsministerium sieht sich heute genöthigt, die Thatsache zu konstatiren, daß diese Voraussetzungen und Bedingungen von dem anderen pacifizierenden Theile nicht erfüllt worden sind.

Der König Georg hat auch nach dem vollständigen Abschluß des Vertrages dem dießseits gemachten Anfang zur Ausführung desselben nicht unterlassen, die Verbindlichkeiten fortzusetzen, aus Unterthanen Ew. königl. Majestät, welche durch seine Agenten angeworben und zum Theil zur Desertion verleitet worden sind, Truppenteile zu bilden, welche unter der ausgesprochenen Aufsicht, sie bei nächster günstiger Gelegenheit zu feindlichen Handlungen gegen Preußen behufs Losreißung einer Provinz des Staates zu verwenden, militärisch organisiert, mit Offizieren und Unteroffizieren versehen worden sind, und für den künftigen Dienst gegen das eigene Vaterland auf fremdem Boden militärisch eingeübt werden. Der dienstliche Verkehr zwischen diesen Truppenteilen und der bei dem König Georg in Hiesigkeit befindlichen Hofdienerschaft, die Ertheilung von Ordres und die Uebersendung von Geldmitteln zur Besoldung der Truppen von dort aus ist amtlich festgestellt worden. Der König Georg selbst hat in öffentlichen, zur Notorität gelangten Aeußerungen sich zu feindlichen Bestrebungen gegen den preussischen Staat, welche von seiner Hofdienerschaft ins Werk gesetzt sind, bekannt, zur Fortsetzung derselben aufgemuntert und die Treue von Unterthanen Ew. königlichen Majestät zu erschüttern sucht.

Die Hoffnung, daß der König Georg den Rathschlägen und Mahnungen freundschaftlicher Höfe zugänglich sein und in eigener richtiger Würdigung der durch den Vertrag ihm zugefallenen Verpflichtung die Verbindlichkeiten einstellen und geworbenen Truppen entlassen würde, hat sich nicht verwirklicht.

Die Regierung Ew. königlichen Majestät sieht sich daher auf die Mittel angewiesen, welche ihr selbst zustehen, um ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Staatsgebietes und die Ruhe der Bewohner desselben zu genügen. Die gerichtliche Untersuchung gegen die Personen, deren dienstlicher und anderer Verkehr mit den Führern der gegen Preußen geworbenen Truppen istatist ist, und die Verfolgung dieser Personen in den Anklagezustand ist ausgesprochen.

Die Gesetze des Landes würden es gestatten, das gerichtliche Verfahren gegen der auf Losreißung einer Provinz des preussischen Staates gerichteten Verbindungen auch auf die Person des Königs Georg auszudehnen. Die unmittelbare Folge davon würde die gerichtliche Beschlagnahme des gesamten Vermögens desselben sein. Das Staatsministerium glaubt den erhabenen Gesinnungen Ew. königlichen Majestät zu entsprechen, wenn es in Rücksicht auf die höhere Stellung des Königs Georg sich enthält, Ew. königlichen Majestät diesen Weg zu empfehlen.

Der Bericht auf gerichtliches Verfahren führt aber zu der Nothwendigkeit, auf anderem Wege die reichen Hülfsmittel, welche dem König Georg vom Staat bewilligt sind, für letzteren so lange unschädlich gemacht werden, bis für das Verhalten des Königs Georg diejenigen Bürgschaften erlangt sein werden, welche sich nach seinem bisherigen Verfahren als notwendig herausgestellt haben.

Der König Georg hat durch seine Handlungen deutlich zu erkennen gegeben, daß er sich als im Kriegszustand gegen Ew. königliche Majestät befindlich annehmen wolle. Mit diesem Verhältniß ist es unverträglich, daß ihm von außen die Mittel zur Kriegsführung gegen Preußen gewährt werden.

Das Staatsministerium erachtet sich daher verpflichtet, Ew. königlichen Majestät eifrigst vorzuschlagen, durch einen Akt der Gesetzgebung das gesamte Vermögen des Königs Georg V. für die Sicherheit des preussischen Staates, die Abwehr der vorbereiteten Angriffe, und für alle Konsequenzen staatsgefährlicher Unternehmungen dieses Fürsten und seiner Agenten, so für die dem preussischen Staat dadurch verursachten Kosten haftbar zu machen und dasselbe zu diesem Behuf unter Sequester zu stellen, ohne die Rechte des Gesamtthauses Braunschweig an der Substanz des fürstlichen Fideikommisses, welche von denen des Königs Georg, als zeitigen Kugniegers, unabhängig sind, zu beeinträchtigen.

Die Nothwendigkeit des Aktes, welchen das Staatsministerium Ew. kö-

niglichen Majestät vorschlägt, wird nicht allein durch die Pflicht gegen das eigene Land, sondern auch durch die unabwiesliche politische Rücksicht auf die Gefahren bedingt, welche jedes feindselige Unternehmen gegen einen einzelnen Staat für die Ruhe Deutschlands und den Frieden des gesamten Europa in seinen letzten Konsequenzen in sich birgt.

Da die Umstände nicht mehr erlaubt haben, dem Landtage der Monarchie eine entsprechende Vorlage noch in dieser Session zu machen, so bittet das Staatsministerium Ew. königliche Majestät eifrigst, die allerunterthänigst beigefügte Verordnung mit Gesetzeskraft, unter Vorbehalt der Vorlegung in der nächsten Sitzung des Landtages, Allerhöchstdigst erlassen zu wollen.

Das Staatsministerium.

Graf v. Bismarck. Frhr. v. d. Heydt. Graf v. Ippenplig. v. Mühler. v. Selchow. Graf zu Eulenburg.

Verordnung, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg.

Vom 2. März 1868.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, auf Grund des Artikels 63 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, was folgt:

§. 1. Sammtliche nicht dem Staate Preußen verbliebene Werthobjekte, welche der Vertrag über die Vermögensverhältnisse des Königs Georg vom 29. September 1867 zum Gegenstande hat, nebst den noch in Händen der preussischen Staatsregierung befindlichen Aufkäufen davon, insbesondere den fälligen, bisher nicht berichtigten, so wie den künftig fällig werdenden Zinsen, werden hierdurch mit Beschlag belegt; ingleichen das hierunter nicht mitbegriffene, innerhalb des preuss. Staatsgebiets befindliche Vermögen des Königs Georg, und zwar ohne Unterschied, ob über die hier bezeichneten Objekte seit dem 29. September 1867 bereits Verfügungen des Königs Georg, namentlich Veräußerungen oder Cessionen an Dritte stattgefunden haben, oder nicht.

§. 2. Die im §. 1 gedachten Gegenstände der Beschlagnahme, so weit sie sich nicht bereits auf Grund des Vertrages vom 29. September 1867 in preussischer Verwaltung befinden, sind von den damit zu beauftragenden Behörden in Besitz und Verwaltung zu nehmen.

In Ausübung der Eigentumsrechte an diesen Objekten wird der König Georg durch die verwaltenden Behörden mit voller rechtlicher Wirkung vertreten. Ausstehende Forderungen sind bei Eintritt der Fälligkeit durch die verwaltenden Behörden einzuziehen.

Aus den in Beschlag genommenen Objekten und deren Revenüen sind, mit Ausschließung der Verrechnungslage an den König Georg, die Kosten der Beschlagnahme und der Verwaltung, sowie der Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten zu bestreiten. Verbleibende Ueberschüsse sind dem Vermögensbestande zuzuführen.

§. 3. Verfügungen des Königs Georg über die der Beschlagnahme unterliegenden Gegenstände, insbesondere Veräußerungen und Cessionen, sind ohne rechtliche Wirksamkeit.

Zahlungen, welche der Beschlagnahme zuwider erfolgen, sind als nicht geschehen, und Kompensationsrechte auf Grund solcher Handlungen, welche nach Publikation dieser Verordnung vorgenommen werden, sind nicht anzuerkennen zu erachten. Die Ablieferung von Gegenständen, welche der Beschlagnahme unterworfen sind, an den König Georg oder nach dessen Anweisung zieht die Verbindlichkeit zur vollen Erstattung nach sich.

§. 4. Die Wiederherstellung der Beschlagnahme bleibt königlicher Verordnungs vorbehalt.

§. 5. Die Ausführung der gegenwärtigen Verordnung, welche mit dem heutigen Tage in Kraft tritt, wird dem Finanzminister übertragen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Gegeben Berlin, den 2. März 1868.

(L. S.)

Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen. Frhr. v. d. Heydt.

Gr. v. Ippenplig. v. Mühler. v. Selchow.

Gr. zu Eulenburg. Leonhardt.

Berlin, 3. März. Se. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht: dem am hiesigen Hofe beglaubigten großherzoglich luxemburgischen Geschäftsträger Dr. Boehr den Nothen Adlerorden 2. Klasse, und dem herzoglich sachsen-meiningischen Regierungsrath Dr. Freiherrn v. Oberländer zu Meiningen den Nothen Adlerorden 4. Klasse zu verleihen; so wie den außerordentlichen Professor Dr. Reifferscheid zu Bonn zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Breslau zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., 3. März, Mittags. Der Prinz Napoleon hat sich heute Vormittag 9 Uhr nach Kassel begeben, woselbst derselbe übernachtet wird. Die Weiterreise nach Berlin erfolgt äußerem Vernehmen nach morgen früh mit dem Abends 9 1/4 Uhr in Berlin eintreffenden Schnellzuge. In seiner Begleitung reisen die Obersten Ferri-Visano, Wagon, Kammerherr de Courcy und Dr. Béranger.

Wien, 3. März, Nachmittags. Der Kaiser wird, der „Deutscher Reichs-Korrespondenz“ zufolge, bei den Begräbnißfeierlichkeiten des Königs Ludwig von Bayern durch den Erzherzog Albrecht vertreten sein.

London, 3. März, Morgens. Der „Times“ wird pr. atlantisches Kabel aus New York vom 2. März gemeldet, daß der Prozeß gegen den Präsidenten in der nächsten Woche beginnen werde. Die republikanische Partei sei in der Frage vollständig einig.

Paris, 3. März, Morgens. Der „Moniteur“ enthält in seinem Bulletin eine Besprechung der preussischen Thronrede. In derselben wird u. A. hervorgehoben, daß die eben geschlossene Session die erste war, an welcher auch die Vertreter der neuen Provinzen Theil genommen haben. Die Thronrede habe gewissermaßen das Programm der Regierung den neuen Landestheilen gegenüber enthalten, ein Programm, welches darin bestehen solle, die Bevölkerungen der neuen Provinzen fest an die Monarchie zu knüpfen. — Der Kaiser hat für den verstorbenen König Ludwig I. von Bayern eine dreiwöchentliche Hoftrauer angeordnet.

Brest, 3. März, Nachmittags. Der Dampfer „Saint Laurent“ ist mit 216 Passagieren und 813,000 Dollars Baarfahrt aus New York eingetroffen. Die überbrachten Nachrichten reichen bis zum 22. v. M. Der Aufstand in Yufatan ist nach einem von den Insuristen bei Merida erfochtenen Siege niedergeworfen worden. Der Führer der Rebellen fiel in der Schlacht. Die Hafenstadt Tampiko, woselbst die Rebellen sich noch behaupten, wird von der mexikanischen Flotte blockirt.

Haag, 3. März, Nachm. Die Regierung hat die Anzeige von dem Tode des Freiherrn A. v. Bentind, niederländischen Gesandten in London erhalten.

In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung wurde die Debatte über die Interpellation Thorbecke fortgesetzt. Der Minister des Innern nahm wiederum das Wort, vertheidigte die Politik der Regierung und gab verschiedene Aufklärungen über das Unterrichts-gesetz. Abgeordneter Heydenryck (Katholik) erklärte, die Kammer dürfe dem Ministerium nicht länger ihr Vertrauen gewähren. Die Debatte wandte sich darauf zu dem Gesetz, betreffend die Milizen. Der Kriegsminister erklärte, das Kontingent der Milizen solle nur im äußersten Nothfalle erhöht werden. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Florenz, 2. März, Nachmittags. Deputirtenkammer. Der Finanzminister überreicht den Etat für 1869. Zur Berathung kommt der Antrag Rossi, den Zwangskurs der Banknoten mittelst einer Zwangsanleihe aufzuheben. Ferrara erklärt sich für unbedingte Aufhebung des Zwangskurses, will jedoch ebenso wenig eine Zwangsanleihe, und empfiehlt seinen Antrag, die Regierung möge 250 Millionen Noten emittiren, welche in einigen Jahren zu amortisiren wären. Raporta wünscht allmähliche gleichmäßige Beschränkung der Banknoten-Emission.

Florenz, 3. März, Morgens. Die Ernennung des Marquis Depoli zum italienischen Gesandten in Wien gilt für gesichert.

Florenz, 3. März, Nachmittags. Abgeordnetenversammlung. Auf Einladung des Syndikus von Venedig beschließt die Kammer eine Deputation zu ernennen, welche den Empfangsfeierlichkeiten für die Aische Manins beiwohnen soll. Darauf wird die Berathung über die Aufhebung des Zwangskurses fortgesetzt. Finzi empfiehlt einen Antrag, nach welchem der Zwangskurs aufhören und 300 Millionen Staatspapiergeld, in fünf Jahren zu amortisiren, ausgeben werden sollen. Ein anderer Antrag, von Semenza eingebracht, verlangt allmähliche, gleichmäßige Tilgung der Banknoten. Viacava hält die definitive Aufhebung des Zwangskurses vor Bewilligung der Steuern nicht für thunlich, will aber in Ermangelung anderer wirksamer Auskunftswege eine Zwangsanleihe acceptiren. In ähnlichem Sinne spricht sich Fualdi aus.

Madrid, 2. März, Abends. Die Regierung hat ein Verbot gegen die Ausfuhr von Getreide, Mehl und Kartoffeln erlassen.

Madrid, 3. März. Die Regierung hat über einen Theil der Provinz Aragonien den Belagerungszustand verhängt. In dem bezüglichen Dekret wird ausdrücklich erklärt, daß die Maßregel lediglich gegen den neuerdings in ungewöhnlichem Umfange auftretenden Schmuggelhandel gerichtet sei.

Lissabon, 2. März, Morgens. Nach den Berichten, welche der brasilianische Dampfer abgegeben, hat Mitre, der Präsident der argentinischen Konföderation, den Kriegsschauplatz verlassen und ist nach Buenos-Ayres zurückgekehrt. Der Oberbefehl über die allirten Truppen ist dadurch auf den brasilianischen Marschall Carias übergegangen. Das Gerücht, es stehe ein Angriff auf die paraguayische Hauptstadt Asuncion in kurzer Zeit bevor, gewinnt an Beglaubigung. Im Lager der Allirten treffen fortwährend Verstärkungen ein.

Petersburg, 3. März, Vormittags. Die Zollkommission hat den Werthzoll auf Leinwand auf 30 % erhöht, dagegen einen ermäßigten Werthzoll auf Battisttücher, Tischzeug und Zwillich eingeführt, sowie den Zoll auf Messerschmiedearbeiten bedeutend herabgesetzt.

Kopenhagen, 3. März, Nachmittags. Der Kultusminister, Bischof Kierkegaard, hat heute seine Demission eingereicht, dem Vernehmen nach aus Gesundheitsrücksichten.

Stockholm, 3. März, Vormittags. In der gestrigen Abend-sitzung hat auch die erste Kammer mit großer Majorität die Beibehaltung der Todesstrafe beschlossen.

Die Abfindungssumme des Exkönigs sequestrirt.

Der „Staatsanzeiger“ trägt heute eine Freudenbotschaft durchs Land. Unsere Regierung hat sich nicht lange befonnen, zu thun, was nach dem Tage von Hiesing nothwendig war und in Preußen allgemein erwartet wurde. Die Thatsache, daß Exkönig Georg feindselig gegen Preußen auftrat, ist nicht wegzuleugnen, es ist eben so wenig die Absicht gleichen Auftretens für die Folge zu leugnen. Die Organe des Welfen haben die Feindseligkeit seines Verhaltens nur zu rechtfertigen nicht in Abrede zu stellen versucht. So blieb denn unserer Regierung nichts übrig, als andere Saiten aufzuziehen, die Hand auf das Vermögen Georgs zu legen und seine Rathgeber vor Gericht zu laden. Schon hat, wie man aus Berlin meldet, der Staatsgerichtshof die Erhebung der Anklage auf Hochverrath gegen den Grafen Platen, der sich zur Zeit in Hiesing befindet, beschlossen.

Die Rede Georgs, worin er von der Rückkehr in ein vergrößertes Welfenreich sprach, bezeugt die Größe der Illusionen, mit welchen ihn seine Umgebung zu erfüllen gewußt hat. Diese Umgebung, mit der bekanntlich auch der große Rechtsgelehrte Dr. Pernice in Verbindung steht, läßt den Sohn des Exkönigs sich als den Erben des Herzogs von Braunschweig betrachten, und darauf geht wahrscheinlich Georgs Idee vom vergrößerten Welfenreich. Man will wissen, der Herzog von Braunschweig werde in nächster Zeit abdanken; daß er sich als Mitglied des Norddeutschen Bundes nicht ganz behaglich fühlt, zeigt sich in seinem ganzen Verhalten, aber sein Recht, einseitig über die Erbfolge zu bestimmen, steht sehr in Frage.

Die „Spenerische Zit.“, welche von Unterhandlungen über die

braunschweigische Erbfolge auch gehört hat, bemerkt darüber: „Wir haben gehört, daß der Herzog ein Testament gemacht habe, durch welches er den König Georg oder dessen Sohn zu Erben seines gesamten Privatvermögens und des Staates Braunschweig bereits eingesetzt habe, und diese Nachricht entspricht der Haltung, welche der Herzog von Braunschweig 1866 und auch nachher vielfach an den Tag legte. Diese Nachrichten, welche übrigens gleich nach der Einverleibung Hannovers auftauchten, gewinnen jetzt größeres Interesse, wo die Publicisten des Königs Georg uns mit der Mittheilung überraschen, daß der Welfenfürst sich noch mit Preußen im Kriegszustande befinde. Das Recht der testamentarischen Verfügung über den Privatnachlaß wird Niemand dem Herzog von Braunschweig bestreiten, insofern dadurch nicht Rechte Dritter verletzt werden, worüber die Gerichte zu entscheiden haben würden. Ob aber eine testamentarische Verfügung über das Herzogthum ohne Weiteres als rechtsgiltig Platz greifen dürfte, darüber wird uns ja die Zukunft belehren.“

Selbstverständlich wäre die Frage nicht nach dem Privatrecht zu entscheiden. Das öffentliche Recht aber steht der Uebertragung von Souveränitätsrechten an eine Privatperson — und Privatperson ist Georg, wie sein Sohn — entgegen; im Uebrigen hat, denken wir, die Bevölkerung Braunschweigs auch ein Wort mitzureden. Wenn sie die Ueberzeugung noch nicht gewonnen hat, so wird sie nicht lange ausbleiben: daß Hannover ohne die Welfen recht gut bestehen kann, das Land sich wohl fühlt in der Verbindung mit Preußen und keine Sehnsucht nach der alten Dynastie empfindet. Sollte die Bevölkerung Braunschweigs wohl je geneigt sein, im Norddeutschen Bunde einen Kleinstaat mit einem Fürsten an der Spitze zu errichten, der von Haß gegen die Zustände erfüllt, auf immerwährende Intriguen finnen und seinem Lande alle Vortheile der Einigung verkümmern würde! Wenn der Herzog von Braunschweig wirklich einen Welfen zu seinem Nachfolger wünschen sollte, würde er den Braunschweigern wenig landesväterliches Wohlwollen beweisen.

Vielleicht schneidet die gegenwärtige Maßregel der preussischen Regierung gegen die Welfen zugleich die etwa gepflogenen Verhandlungen über die Erfolge ab; denn es ist doch wahrscheinlich, daß Erbkönig Georg anstatt in Deutschland unbequemer Gast zu sein, vorzieht, mit seiner Familie den Kontinent zu verlassen, um auf englischem Boden die Rolle eines Prätendenten mit der beschriebenen eines Lords zu vertauschen.

Man muß ihm alle Hoffnung abschneiden, dies rath schon die praktische Politik.

Rechtliche Bedenken gegen das jezige Vorgehen unserer Regierung werden sich im Lande, selbst in der Provinz Hannover, wohl nur sehr vereinzelt einstellen, da, man mag annehmen, daß die Regierung mit den 16 Millionen dem Erbkönig eine Schenkung gemacht, der Widerruf wegen Undankbarkeit begründet wäre, oder man mag den Vertrag als einen für den Depositionsbitten ebenfalls onerosen ansehen, seine Gegenleistung versagt wird, die preussische Regierung also zum Rücktritt befugt ist. Das erlassene Gesetz ist oktroirt, das Land wird sich diese Oktroirung gern gefallen lassen.

Deutschland.

Preußen. W. T. B. Berlin, 3. März. Zweite Zollbundesrathssitzung. In den Ausschüß für Zoll- und Steuerwesen wurden gewählt: Bayern, Sachsen, Württemberg, Braunschweig, und als Stellvertreter Hessen und Mecklenburg-Strelitz; in den Ausschüß für Handel und Verkehr Sachsen, Baden, Hessen, Hamburg, als Stellvertreter Württemberg, Bremen; in den Ausschüß für Rechnungsweisen Bayern, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Hessen, Lübeck, als Stellvertreter Württemberg, Baden. Preußen ist bereits laut Vertrag vom 8. Juli v. J. Mitglied dieser Ausschüsse. In den Geschäftsbordnungs-Ausschüß wurden gewählt Preußen, Bayern, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Koburg. An die betreffenden Ausschüsse gingen folgende Präsidialvorlagen: betreffend die Unterhandlungen über einen Handelsvertrag mit Portugal; betreffend das Regulativ für Güter- und Effectentransport auf den Eisenbahnen; betreffend die Jahresabrechnungen über die Zölle von 1860 bis 1866, betreffend Zollerlaß an Wein auf der Niederland.-Rheinischen Eisenbahn; betreffend den Zollpersonalbestand bei den Hauptämtern zu Lüneburg und Schweidnitz; betreffend die zollfreie Abfassung von eisernen Materialien zum Schiffbau; betreffend den Ausschluß der Langeschen Schiffswerft beim Bremer Hafen vom Zollgebiet; betreffend die Erhöhung der luxemburgischen Pauschsumme; betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Zollordnung und mehrere andere Vorlagen.

Kleine Mittheilungen.

Gavarin, der lustige Karikaturenzeichner des Pariser „Charivari“, der unter den sprudelnden Erzeugnissen der Laune und des Humors in Melancholie und Trübsinn gestorben ist, hat eine Art Tagebuch d. h. Aufzeichnungen von seiner Hand hinterlassen, welche jetzt sein Sohn herauszugeben im Begriffe steht. Personen, die Gelegenheit fanden, Einsicht in diesen handschriftlich niedergelegten Schatz von Beobachtungen, Gedanken und Einfällen zu nehmen, wissen nicht genug Rühmens davon zu machen und behaupten, daß sich darin in wunderbarer Weise Geist und Charakter unserer Zeit wieder gespiegelt zeigten. Der groteske Ausdruck, sagt ein französischer Schriftsteller, giebt der geistvollen und tiefen Bemerkung ein seltsames Relief darin; der Strahlenzug geht hier gewissermaßen Arm in Arm mit den Maximen eines la Bruyère, die flüchtig vorüberwühlende Thorheit des Tages düst sich mit der unvergänglichen Weisheit La Rochefoucaulds. Gavarin, meint er, zu seinen Lebzeiten berühmt durch seinen Zeichenstift, werde es nach seinem Tode durch seine Feder. Daß die Aussprüche jedenfalls nicht unbedeutend sind, mögen nachstehende Proben beweisen. Gavarin schreibt u. A.:

Das größte der Leiden ist immer das, was man hat.

Man spricht in der Kulturgeschichte von einer Stein- und einer Bronzeperiode. Wir leben in der Papierperiode.

Aus der Schönheit eine Art Stand, einen Beruf machen, ist vom menschlichen Glend eins der entsehlischen.

Man weiß eigentlich nie recht, was man aus sich selbst lernt.

Das Herz kann betrogen werden; der Kopf betrügt sich nur selbst.

Durch Kabinettsordre vom 1. d. M. sind die Provinzial-Landtage des Herzogthums Pommern und Fürstenthums Rügen zum 8. März, die Landtage der Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rheinprovinz zum 15. März einberufen worden.

An der Spitze der den Provinzial-Ständen der Provinz Preußen zugegangenen Proposition befindet sich nachstehende:

Mit Bezug auf §. 52 des Gesetzes, betreffend die definitive Untervertheilung und Erhebung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen des Staats und die Beschwerden wegen Grundsteuer-Ueberbürdung vom 8. Februar 1867, welcher wie folgt lautet:

„Ansprüche auf Erlass oder Ertrag der Grundsteuer aus Anlaß von Beschädigungen der Feldfrüchte durch außerordentliche Naturereignisse, Brand etc. finden gegen die Staatskasse nicht statt. Die Beschlußnahme darüber, ob und event. in welchen Fällen, beziehungsweise in welcher Höhe den grundsteuerpflichtigen Besitzern wegen solcher Beschädigungen der Feldfrüchte Remissionen oder Unterstüzungen zu gewähren, bleibt den Provinzial- resp. Kommunal-Landtagen mit königlicher Zustimmung überlassen. Die Aufbringung der event. zu diesem Zweck erforderlichen Fonds erfolgt durch Beiträge der Grundsteuerpflichtigen, in Betreff deren Höhe von den Provinzial- resp. Kommunal-Landtagen Bestimmung zu treffen ist.“

Man schreibt der „Wes. Stg.“: „Unter den mancherlei Fragen, welche in der letzten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch genommen haben, hat sich eine Episode bisher der Deffentlichkeit entzogen, welche sich als thatfächliche Anerkennung des Präsidiums des Norddeutschen Bundes — am preussischen Hofe charakterisiren läßt. Graf Bismarck hat nämlich, wie es scheint, durch mancherlei Zurücksetzungen gereizt, als Kanzler des Norddeutschen Bundes, resp. als Vertreter des Präsidiums des Bundes Vortragsrang bei Hofe und somit den Vortritt vor den Mitgliedern der fürstlichen Familien zweiten Ranges in Anspruch genommen und erhalten.“

Die Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer bürgerlichen Prozeßordnung hat im Februar 13 Sitzungen abgehalten, in denen die Lehren von der Zuständigkeit der Einzelrichter und der Kollegialgerichte, von der Verpflichtung der Richter und Gerichtsschreiber, sich der Ausübung ihres Amtes zu enthalten (Inhabilitäts- und Verhorrösenz-Gründe), von der Rechtsbülfe (Requisition), von der Prozeßfähigkeit der Parteien, von der Intervention, so wie die Lehre von der Mitgenossenschaft erörtert und größtentheils zur Erledigung gekommen sind. In der Zusammenlegung der Kommission hat sich nichts geändert.

Die offiziöse „Karlsruher Zeitung“ widmet den Resultaten der in Baden stattgefundenen Wahlen zum Zollparlament einen Artikel, und führt aus, daß Baden sich des Ausfalls der Wahlen nicht zu schämen habe.

„Wer glänzendere Resultate erwartet hätte“, sagt die „Karlsruher Stg.“, „wird doch anerkennen, daß vor zehn Jahren nicht entfernt an ein ähnliches Resultat zu denken war. Unser Volk hat an einer politischen Frage höchsten Stils, wie sie schwieriger niemals unserer Nation, vielleicht nie irgend einer Nation im ganzen Verlauf der Geschichte gestellt war, außerordentlich rasch gelernt. Schon heute hat eine Massenabstimmung das Uebergewicht der national-liberalen Anschauung über die angestrebte Befreiung in altüberlieferten Gewohnheiten konstatirt (nach vorläufigen Zusammenstellungen etwa 99,000 Stimmen gegen 89,000). Wer wäre kleinmüthig genug, zu wägen, die Zukunft könne wieder den abgestorbenen Mächten der Vergangenheit anheimfallen! Sie gehört dem lebendigen Gedanken der Gegenwart.“

Sodann konstatirt die gedachte Zeitung, daß von den sechs antinationalen Wahlen fünf nach den abgegebenen Stimmen wie nach den Erwählten so gut wie rein und ausschließlich ultramontan aus-gefallen seien und auch der in Karlsruhe gewählte Herr v. Göler, obwohl weder clerikal, noch antinational, doch lediglich den Ultramontanen bez. der Vereinigung einer Anzahl protestantischer Orthodoxen mit den Ultramontanen seine Wahl verdanke.

Was diese Wahlthätigkeit der Ultramontanen betrifft, so äußert sich das Regierungsblatt darüber folgendermaßen:

„Es fällt uns“, sagt die „Karlsruher Stg.“, „gewiß nicht ein, zu bestreiten, daß das ganze Leben, auch das politische von religiösen Ideen durchdrungen sein kann, in gewissem Sinne durchdrungen sein soll. Ganz etwas Anderes aber ist es, wenn der kirchliche Organismus zu politischen Parteien mißbraucht wird. Wir können hier um so unumwundener sprechen, als unseres Wissens das Kirchenregiment in Freiburg sich enthalten hat, als solches und offiziell die agitatorische Thätigkeit anzuordnen und zu leiten, welcher sich leider eine sehr große Anzahl katholischer Geistlichen hingegeben hat. Auf diesem Wege lassen sich da oder dort augenblickliche Erfolge erzielen mit Hilfe der irreführenden und geistigsten Menge, welcher mit unwahrer Entstellung die mächtigen, im Interesse der nationalen Sache notwendig zu tragenden Opfer ins Angehörliche ausmalt, deren erschreckter Phantasie erdichtete Gefahren für die Religion vorgelegt wurden. Diese Schrecken werden sich, wie wir schon öfter erlebt haben, legen, wenn die Regierung fortfährt, mit leidenschaftsloser Ruhe und strenger Festigkeit die angefeindeten Gesetze durchzuführen, welche allerdings dem

Staate geben, was des Staates ist, dabei aber die Kirche und ihren heiligen Beruf in ihrer Sphäre ehren und schützen; und die Besorgniß vor den angeblich unerschwinglichen Opfern wird schwinden mit der Erfahrung, daß sie in Wirklichkeit sehr mäßig sind und reichlich sich lohnen.“

Der Ultramontanismus hat vielleicht von seinem Standpunkt aus Recht (?), wenn er die nationale Einigung Deutschlands fürchtet und mit allen Mitteln bekämpft; er ist aber, so schreiben wir trotz des Ausfalls und mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen mit voller Ueberzeugung, er ist im Irrthum befangen, wenn er glaubt, das badiische Volk in Erfüllung seiner nationalen Aufgabe beirren zu können.“

Wie der „B. G. Z.“ aus guter Quelle mitgetheilt wird, sind die Bemühungen der preussischen Beamten, die zur Einwirkung auf die in Petersburg stattfindende Revision des russischen Tarifs dorthin kommittirt waren, hauptsächlich deshalb erfolglos geblieben, weil Rußland, bevor es sich auf irgend ein Zugeständniß an Preußen einlassen will, Garantien verlangt, daß die preussische Regierung zur Unterdrückung des Schmuggels an den westlichen Grenzen Rußlands und Polens mitwirken würde. Preussischerseits ist vergeblich vorgeschritten worden, daß Rußland die Unterdrückung des Schmuggelhandels vollkommen in der Hand habe, man dürfe dort nur einen niedrigen Zolltarif annehmen und damit für den Schmuggel jeden Reiz beseitigen. Hiergegen wurden nicht gerade prinzipielle Einwendungen gemacht, aber es wurde darauf bestanden, die Basis jeder Konzession zur Erleichterung des Verkehrs zwischen dem Zollverein und Rußland müsse die vertragsmäßige Sicherheit sein, daß das Nachbarland zur Aufrechterhaltung der zu treffenden Festsetzung die Hand bieten werde. Dieses Zugeständniß müsse man haben, bevor man sich zu Erleichterungen verstehen könne, die der Zollverein im Interesse seiner Angehörigen und ihres Handels- und Gewerbebetriebes fordere. Natürlich könnte diese letztere Forderung in dieser Richtung ertheilt werden.

Kürzlich ist eine principiell wichtige, namentlich mit Bezug auf die staatsbürgerliche Stellung der Juden bedeutsame Ministerial-Entscheidung ergangen. Die städtischen Behörden von Eiegins hatten nämlich auf Antrag des dortigen Vorstandes der Synagogen-gemeinde beschloffen, dem jüdischen Religionslehrer für Ertheilung des jüdischen Religionsunterrichts an jüdische Schüler des städtischen Gymnasiums eine Entschädigung zu bewilligen und diese Summe auf den Etat der Gymnasialkasse zu übernehmen. Zu bemerken ist, daß das Gymnasium ganz und gar aus städtischen Mitteln, also ohne jeden Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten wird. Dessen ungeachtet hat der Unterrichtsminister in letzter Instanz entschieden, daß jene Entschädigung nicht auf den Gymnasialetat übernommen werden darf, dagegen sonst aus der Stadtkasse gezahlt werden kann. Zum Letzteren bedarf es allerdings keiner Genehmigung, während die erstere Entscheidung schwer zu erklären ist, um so schwerer, als der hannoversche Provinzialfonds ausdrücklich für jüdische Kultus- und Unterrichtszwecke mit verwandt wird.

Da die früheren Bestimmungen über die Klassificirung der Reserve- und Landwehrmannschaften geändert worden sind, so mögen die Gründe folgen, aus welchen die einstweilige Zurückstellung allein zulässig sind. Die erste Berücksichtigung tritt ein, wenn ein Mann als der einzige Ernährer seines arbeitsfähigen Vaters oder seiner Mutter, mit denen er die nämliche Feuerstätte bewohnt, zu betrachten ist und ein Knecht oder Gefelle nicht gehalten werden kann, auch durch die den Familien der Mannschaften zu gewährenden Unterstüzungen der dauernde Ruin des elterlichen Hausstandes bei der Entfernung des Sohnes nicht zu besorgen ist. Dann, wenn ein Mann, der das 30. Lebensjahr vollendet hat, als Grundbesitzer, Pächter oder Gewerbetreibender, oder als Ernährer einer zahlreichen Familie, selbst bei dem Gemüthe der gefestigten Unterstüzungen seinen Hausstand und seine Angehörigen durch die Entfernung dem gänzlichen Verfall und dem Glende preis gegeben würde. Endlich, wenn in einzelnen dringenden Fällen die Zurückstellung eines Mannes, dessen geeignete Vertretung auf keine Weise möglich zu machen ist, im Interesse der allgemeinen Landeskultur und der Nationalökonomie für unabwieslich notwendig erachtet wird. Mannschaften, welche wegen Kontrollenzahlung nachdienen müssen, haben jedoch auch in den vorgenannten Fällen keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung. In keinem Falle darf aber die Zahl der hinter den letzten Jahrgang der Reserve zurückgestellten Mannschaften drei Procent der Reserve und Landwehr übersteigen.

Die Disziplinar-Untersuchungen wider die Abgeordneten Twetten und Lasker sind in den heute beim Obertribunal angestandenen Terminen noch nicht zum Abschluß gekommen. Beide waren vom Kammergericht wegen Reden, die sie vor dem Kriege in hiesigen Wahlversammlungen gehalten, zu Geldstrafen von 100 Thlr. verurtheilt und hatten gegen den abermals ausgesprochenen Grundsaß, daß jede öffentliche Opposition von Beamten strafbar sei, appellirt. Die gleichfalls von dem früheren Justizminister eingelegte Kassation beantragende Appellation hatte Herr Leonhardt zurückgezogen. Da es sich hiernach nur noch um ein Geldstrafe handelt, hat der größere Disziplinar Senat des Obertribunals die Sachen an den dafür kompetenten kleineren Senat verwiesen.

Gegen den Reichstags-Abgeordneten Dr. v. Schweiger, Redakteur des „Social-Demokraten“, ist wegen seiner in letzter Zeit in den Versammlungen eines Reichstagsvereins für Arbeiter gehaltenen Reden über das politische Ansehen erhoben worden.

Alle Poesie entsteht aus der Wirklichkeit, aber keine Wirklichkeit aus der Poesie.

Das Glück der Liebe ist nie das Glück, das man besitzt, sondern das Glück, das man giebt.

Was ist Logik? Nichts, als ein Gerücht, das durch die Hörsäle läuft.

Rein ist der Kiesel vor einem Mädchenherzen.

Der französische Schriftsteller Theophil Gautier ist ein außerordentlicher Liebhaber von Ragen, deren er mehr wie dreißig besitzt und die er wie Kinder hegt und pflegt. Eine Rage von ihm zum Geschenk zu erhalten, ist ein Zeichen großer Gunst, in der man sich aber auch nur erhalten kann, indem man diesem Geschenk die größtmögliche Aufmerksamkeit zu Theil werden läßt. Ein Freund Gautier's, der das wußte und so glücklich gewesen war, eine Rage von dem berühmten Autor zum Präsent erhalten zu haben, brachte nach acht Tagen dieselbe ängstlich und ganz bestürzt zu ihm zurück. „Aber, mein Gott, warum denn?“ fragte Gautier erstaunt. Theophil's Freund, lautete die Antwort. „Sie werden mein Opfer begreifen, wenn ich Ihnen sage, wie ich zu meinem Schrecken bemerkt, daß Mäuse in meiner Wohnung sind.“ — „Mäuse!“ rief Gautier entsetzt, indem er die wiedergebrachte Rage an seine Brust drückte. „Ja, mein Lieber, da haben Sie recht gethan. Mit Mäusen dürfen meine Ragen sich nicht encanailliren.“

Der Wiener Schriftsteller August Silberstein wird eine Fortsetzung seiner mit Beifall aufgenommenen österreichischen Dorfgeschichte in einem dritten Bande seiner „Dorfschwalben“ erscheinen lassen. Derselbe Verfasser hielt kürzlich in Wien eine öffentliche Vorlesung über die sogenannten Rastwaller, eine vor etwa hundert

Jahren begründete Kolonie protestantischer Holzknechte in Steiermark. Silberstein, der sinnige Kenner österreichischer Naturschönheiten, entwickelte die Geschichte dieser eigenthümlichen Kolonie, indem er eine reizende Schilderung der betreffenden Gegend darzulegen knüpfte.

In einem spanischen Werke lasen wir jüngst ein Beispiel von Professoren-Resignation, das uns zu bemerkenwerthen erschauern ließ, als daß wir es hier unsern Lesern mittheilen uns nicht veranlassen sollten. Louis de Leon, ein Dichter und Philosoph, der gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts in Spanien wissenschaftliche Vorlesungen hielt, wurde der Ketzerei verdächtigt und in Folge dessen eingekerkert. Sein Prozeß dauerte fünf Jahre, von 1572 bis 1577. Endlich für unschuldig erkannt und freigesprochen, griff seine Lehrthätigkeit wieder auf. Als er das erste Mal das Auditorium wieder betrat, war das Auditorium überfüllt und jeder darauf faßt, eine Geschichte seiner Leiden zu vernehmen. Louis de Leon hielt das aber der Würde der Wissenschaft nicht für angemessen und begann damit, daß er sagte: „Fahren wir da fort, wo wir in unserer letzten Vorlesung stehen geblieben.“ Gewiß eine Selbstwindung außerordentlichster Art.

Alexander Dumas der Sohn bereitet gegenwärtig eine neue Ausgabe seiner Theaterstücke vor und wird jedem derselben ganz in der Art, wie das bei uns in neuester Zeit Karl Gutzkow und Rudolf Gottschall gethan, eine Vorrede beifügen, in welcher er die Tendenz und moralischen Zweck der Arbeit sich auszulassen schlossen ist.

Die Stimmung in Paris wird von vielen Blättern französischer Hauptstadt als sehr ernst und drückend geschildert. Eines derselben erinnerte kürzlich an den 10. Mai 1859. Dann

— Gegen die „National-Zeitung“ ist eine Unterfuchung eingeleitet worden wegen einer von ihr im Dezember veröffentlichten Korrespondenz aus Rom, die u. A. die Folgen des priesterlichen Solibats und die Wirkung der im Kirchenstaate vernachlässigten weiblichen Erziehung besprach. Verleger und Redakteur sind schon deswegen vernommen worden.

— Zur Oberin von Bethanien ist dem Vernehmen der „Kreuzztg.“ nach Fräulein Aurelie v. Platen, jetzt Vorsteherin des Stieghaus'schen Bethesda hieselbst (unweit Schöneberg) bestimmt worden.

— Wie erinnerlich, wurde nicht lange nach der Besitzergreifung Hannovers durch Preußen, unter Mitwirkung des Geh. Regierungsraths Stieber, ein auf Landesverrath lautender Proceß in Aussicht gestellt, von welchem später jedoch Nichts zu Tage trat. Zu den damals mit großem Geräusch Verhafteten gehörte auch ein Banquier in Hannover, Obercommerzienrath Czochel, welcher alsbald, gegen Erlegung einer Kaution von 10,000 Thlr., seiner Haft entlassen wurde. Jetzt sind die 10,000 Thlr. dem Herrn Simon zurückgezahlt worden.

— Ein Zahnarzt war von der Universität Erlangen im Jahre 1866 zum Doktor der Medizin und Chirurgie promovirt; sein Gesuch um Gehaltung der Forderung des Dokortitels auch für die hiesigen Lande wurde jedoch abgewiesen. Da er sich seitdem gleichwohl Doktor nennt und schreibt, so beantragte der Polizeianwalt auf Grund des §. 105 des Strafgesetzbuches seine Verurteilung. Der erste Richter — das Stadtgericht zu Breslau — sprach jedoch den Angeeschuldigten frei. Das Prädicat Doktor sei kein „Titel“ im Sinne des genannten Paragraphen, stelle vielmehr nur einen wissenschaftlichen Grad, eine Würde dar und sei als solche nicht als eine eigenthümliche Institution des preussischen Staates zu betrachten, sondern werde ausschließlich von den gelehrten Anstalten aller civilisirten Nationen demjenigen verliehen, welcher einen gewissen Grad wissenschaftlicher Bildung nachgewiesen habe. Daraus folge, daß die Doktorwürde einzig in einer bestimmten wissenschaftlichen Qualifikation bestehe, die von der Person des Beliehenen unternommen sei, und welcher er nur infolge eines speziellen Gesetzes verlustig gehen könne. Eine besondere Erlaubnis zur Führung des Dokortitels sei in Preußen nicht vorgeschrieben; nur die Ausübung gewisser, an jene Würde geknüpfter Befugnisse werde von einer obrigkeitlichen Erlaubnis abhängig gemacht. Das Appellationsgericht hat dies Erkenntnis bestätigt, da die Doktorwürde lediglich das Anerkennen einer wissenschaftlichen Qualifikation enthalte, die durch das Diplom nicht erst geschaffen, sondern deren Vorhandensein durch die Ertheilung desselben nur anerkannt werde. Der Doktorgrad bezeichne auf dem wissenschaftlichen Gebiete dasselbe, wie das Wort „Meister“ im Gebiete des Handwerks: den fertigen Mann, denjenigen, der das Erforderliche gelernt hat. Erst, sowie der Graduirte im bestimmten Staate auf Grund dieser Qualifikation gewisse Befugnisse ausüben, erst, wo er thätig sein, wirken wolle, müsse er dem Staate seine Befähigung hierzu noch besonders nachweisen und die Einwilligung hierzu einholen. Daraus folge, daß zur bloßen Führung der erlangten Doktorwürde es einer speziellen Erlaubnis seitens des Staates nicht bedürfe. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde ist zurückgewiesen worden. (Fr. Bl.)

— Ueber die in Hamburg gepflogenen Verhandlungen über die Zollgrenze und was damit zusammenhängt, hört man Folgendes: Es ist Verständigung erzielt über die Errichtung eines Hauptzollamts in Hamburg mit den ausgedehntesten Befugnissen, sowie von Abfertigungsstellen für die Fahrpost, für die verschiedenen Eisenbahnhöfe und die oberelbischen Schiffe, sowie auch über die Errichtung einer Zollvereinsniederlage. Dagegen ist der finanzielle Punkt unerledigt. Die preussische Regierung nämlich in Vertretung des Zollvereins stellt das Verlangen, daß Hamburg sämtliche Kosten der Herstellung dieser Einrichtungen und der an der neuen Grenze zu errichtenden Zollämter übernehme. Dieselbe beruft sich dafür auf die im Zollverein geltenden Grundsätze, denen zufolge die sämtlichen derartigen Bauten den betreffenden Einzelstaaten obliegen, so wie auf den im Jahre 1856 mit Bremen geschlossenen Vertrag, welches damals allerdings die Kosten für die bezüglichen Einrichtungen getragen hat.

Hannover, 2. März. Als vor mehreren Monaten die Beedigung der öffentlichen Angelegenheiten auf die Verfassungsurkunde angeordnet ward, machte man von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam, daß Bedenken gegen diese Eidesleistung leicht aus dem Umstande hergenommen werden könnten, daß die Verfassung in unserer Provinz noch gar nicht zur Publikation gelangt ist. Wenn man die Steuererlasse, die Militär-Erlass-Instruktion und andere umfangreiche Aktenstücke durch das Amtsblatt für Hannover veröffentliche, dürfte man billiger Weise erwarten, daß auf die Verfassungsurkunde mindestens dieselbe Rücksicht genommen würde. Dies ist entschieden für unnötig gehalten worden und so befinden sich in dem Amtsblatt, das in jeder Gemeinde vorhanden ist, viele Erlasse von nur geringer Bedeutung, nicht aber die für alle Staatsbürger wichtige Verfassungsurkunde. In dem Termine zur Eidesleistung auf die Verfassung sind denn auch hin und wieder Bedenken gegen den Eid, hergenommen aus jener Nichtpublikation, vorgebracht. Bis her gelang es aber den Beamten, diese Strupel zu beseitigen. In dem lüneburgischen Amte Sartow haben jetzt aber 16 Gemeindevorstände den Eid verweigert, weil die Verfassung in unserer Provinz noch nicht publicirt sei und sie daher keine Kenntnis von ihrem Inhalte hätten, aber nichts beschwören könnten, wogegen sie aus Unkenntnis verstoßen möchten. Es ist abzuwarten, wie die Regierung diese Gewissensbedenken beseitigen wird.

Hannau, 1. März. Ueber das bereits erwähnte, in Kurhessen verbreitete aufstrebende Flugblatt schreibt man der „S. M. Z.“ von hier: „Am 28. v. M. wurde vom Herrn R. der hiesigen Polizeidirektion ein ihm zugesandtes sonderbares Schriftstück übergeben, das sich als einen „Aufrufbrief“ herausstellte. Im Laufe des Vormittags wurde noch eine Anzahl solcher Briefe an dieselbe Behörde abgeliefert. Man hat auch die Frechheit gehabt, verschiedene Staatsdienern Exemplare zuzufenden. Die auf der Post klebenden vorgenannten Nachforschungen ergaben, daß fünfzig bis siebenzig derartige Briefe, von denen konstatirt ist, daß sie hier auf die Post gegeben sind, an die

begab sich der Kaiser Nachmittag 5 Uhr nach dem Bayoner Eisenbahnhofe, um von dort nach Italien zu gehen, wo es galt, diesem Lande den Sieg und die Freiheit zu geben. Das Volk jauchzte in allen Straßen, durch die er fuhr, und wollte ihm die Pferde ausspannen, um ihn selbst zu ziehen. Heute, heißt es, verhält sich die Masse überall schweigend und still, wo der Kaiser sich zeigt. In den Theatern benutzt man jede Anspielung, um der Mißstimmung Luft zu machen. In diesem Augenblick, jagte jüngst eine Zeitung, ist das zweite Kaiserreich auf seiner Rehroute angelangt, eine Wahrnehmung, der sich, wie es scheint, Napoleon III. selbst nicht ganz verschließen kann. Man hat ihn zuletzt ziemlich düster und einsylbig gefunden. Das „Journal de Paris“ giebt sogar ein ziemlich bitteres Bonmot von ihm zum Besten. Der Kaiser begab sich jüngst in die Komédie-française, um einer Aufführung des „Paul et Virginie“ beizuwohnen. Wie üblich, empfing ihn der Direktor am Eingang, um ihn mit einem Flambeau in der Hand, nach seiner Loge zu führen. Bei dieser Führung geschah es, daß das Gefolge, das in einiger Entfernung zurückblieb, sich rechts statt links in den Korridor hineinschlug. Napoleon, der das zuerst bemerkte, meinte, lastschuldig lächelnd zu dem Direktor: „Sie sehen wohl, mein Herr, wie man mich im Stich läßt, sobald ich mich zur Linken wende.“

— Rossini, den man für so geizig verschreit, hat seinen Tantième-Anteil von der fünfhundertsten Aufführung seines „Wilhelm Tell“ der Pensionskasse der großen Oper geschenkt.

— In Ruad Pascha scheint die Türkei einen ausgezeichneten Staatsmann, eine Art von Talleyrand, erhalten zu haben. Bei einem Feste, das er gab, wollte ein etwas angeregter Attaché der französischen Gesandtschaft durchaus in den Harem des osmanischen

Adressaten bereits abgegeben waren. Den eifrigen Bemühungen unseres Staats-Anwaltes ist es bereits gelungen, festzustellen, daß auch die Dörfer mit diesen Briefen bedacht wurden, und zwar wurden auf der Poststation Gelnhausen allein deren etwa dreißig an die Bürgermeister des Kreises abgegeben. Bis nach Schlächtern und weiter hat man von hier aus schon mit der größtmöglichen Eile erfolgreiche Nachforschungen angestellt. Das Schriftstück hat überall zunächst Heiterkeit hervorgerufen, dann aber auch Entrüstung. Diese ist dann schließlich überwiegend. Man nimmt mit größter Bestimmtheit an, daß das Schriftstück aus unserem partikularistisch-reaktionären Lager kommt und durch verschiedene Agenten verbreitet wird.

Belgien.

Brüssel, 1. März. Die „Liberté“ berichtet, die belgische Regierung habe der preussischen Regierung angezeigt, daß sie das Spiel in Spaa unterdrücken werde, sobald dasselbe in Wiesbaden und Homburg geschehe. Jedenfalls werde das Spiel in Spaa mit dem Ablauf der gegenwärtigen Koncession im Jahre 1872 aufgehören.

Italien.

— Wie man der „Pall-Mall-Gazette“ schreibt, haben die Verhandlungen zwischen dem Grafen Crivelli und dem Vatikan behufs Revision des österreichischen Konkordats eine höchst ungünstige Wendung genommen. Die Schwierigkeit entstand aus der Frage über die Schulen und gemischten Ehen. Ein diplomatischer Bruch zwischen Wien und Rom sei wahrscheinlich. Graf Crivelli, der den Papst bis jetzt nur in einer Privataudienz gesehen hat, werde sein Beglaubigungsschreiben gar nicht erst in öffentlicher Audienz überreichen, und habe derselbe auch seinen Installations-Empfang verweigert; doch würden sich vielleicht noch Mittel finden lassen, um die Sache auszugleichen.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, Ende Februar. [Die Philipponen.] Dieser Tage hat sich der seltene Fall ereignet, daß die Häupter einer seit 200 Jahren aus Rußland geflüchteten, im Reg.-Bez. Gumbinnen angesiedelten altgläubigen russischen Sekte sich freiwillig zum Uebertritte in die griechisch-orthodoxe Kirche und zur Rückkehr nach Rußland gemeldet haben. Bald nach der großen russischen Kirchenpaltung, um das Jahr 1700, verließ eine Anzahl russischer Sektierer von der extremen Partei der „Priesterlosen“ ihre in dem Gouvernement Olonez belegene Heimath, um vor der Intoleranz der herrschenden Kirche in das damals polnische Litthauen zu flüchten. Die Nachkommen dieser nach ihrem Führer (dem Bauer Philipp Pustodowat) Philipponen genannten Sekte haben bis heute im Semsburger Kreise Gumbinnens gelebt. Vor einigen Wochen sind 20 Familienväter sammt ihrer Nachkommenschaft zur griechischen Kirche „alten Ritus“ übergetreten und mit Landbesitzungen im suwalkischen Gouvernement des Königreichs Polen unentgeltlich ausgestattet worden.

Der Kaiser hat die Konvertiten mit einem Heiligenbilde beschenkt und seiner Gnade versichern lassen. Dieses an und für sich unbedeutende Ereignis gewinnt eine gewisse Wichtigkeit, wenn man in Erwägung zieht, daß die priesterlosen „Philipponen“ Jahrhunderte lang für die erbittertesten Feinde des russischen Staates und der russischen Kirche galten, unter Anderem das Gebet für den Czaren grundsätzlich verwarfen und in den orthodoxen Priestern Diener des Antichristen sahen. Ihre Ausöhnung mit der russischen Regierung zeugt von der wachsenden Bedeutung der panslawistischen Idee und der zunehmenden Anziehungskraft des großen Slawenreiches, welches seit lange eifrig bestrebt ist, die bis dahin für unmöglich gehaltene Ueberwindung der fanatischen Feindschaft der altgläubigen Sekten, die ihre Anhänger nach Millionen zählen, siegreich durchzusetzen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. März. Gestern von 6—7 Uhr Abends sprach im Fr.-Gymnasium der Pfarrer Mende aus Heyersdorf: „Ueber die Verbindung des Philosophischen und Poetischen mit dem Religiösen und Sittlichen im Schriftwort“ vor einem zahlreich versammelten Publikum. Redner suchte zunächst den Unterschied zwischen Gotteswort und Schriftwort zu begründen, indem er das geschriebene Wort als die fließende Grenze der göttlichen Offenbarung bezeichnete. In der Sprache des gemeinen Lebens existirt ein solcher Unterschied nicht, aber der Vortragende nahm das „Wort“ einmal in dem Sinne des Johanneischen „Logos“, das andere Mal als Form, in welche ein bestimmter Inhalt gefaßt wird. Der Logos des Johannes ist nicht das geschriebene oder gesprochene Wort, sondern das prius, der Geist, und zwar im Evangelium der göttliche Geist, der in der Welt Gestalt angenommen hat. Insofern könnten wir das vom Redner gebrauchte Bild viel mehr umkehren und sagen, der Geist ist das flüssige Element, welches in die feste Grenze des Wortes ein-

Ministers dringen und war wirklich bereits bis zum Eingange desselben gelangt, als Ruad ihn einholte und ihm sagte: „Verzeihung, mein Herr; Frankreich hat Sie an die Pforte gesandt — an der Pforte erlischt Ihre Mission.“ Ein anderes Mal stritten sich die katholische Geistlichkeit und die armenischen Priester um die Leiche eines Mannes, von dem jene behauptete, daß er zu ihrem Glauben übergetreten, und diese, daß er ihren Sagenungen treu geblieben. Ruad Pascha, um Entscheidung angegangen, fragte die Katholiken: „Seid Ihr sicher, daß dieser Mann in Eurem Glauben gestorben?“ — „Ja“, lautete die Antwort. „In diesem Falle“, fuhr Ruad fort, „gehört Euch also ohne allen Zweifel seine Seele.“ — „Versteht sich“, ward ihm entgegnet. „Dann“, meinte Ruad, „kann Euch um so weniger am Körper liegen und Ihr mögt ihn getrost den Anderen überlassen.“

— Karl Bed, dessen Muse zuletzt ganz verstummt war, hat sich plötzlich wieder poetisch vernehmen lassen und zwar mit einem bei Schindler in Berlin erschienenen Sonettenbüchlein: „Destrreich in zwölfter Stunde“. Nachdem der Dichter zuerst das Unglück und die Verblendung seines Vaterlandes beklagt, seinen Leichtsinns gezeihelt, seine unselige Liebedienerei gegen Rom gescholten, erkennt er sodann Destrreich in zwölfter Stunde zu neuer Herrlichkeit erstanden, indem er singt:

Im Schwabenland, im Dichterland entschlief
Der Ludwig, du kennst des Meisters Klänge;
Auf! Vorwärts! Du's den Andern gleich! so rief
Er gottbesetzt, du kennst die Sturmgänge.

Nun ist's gethan! Zerissen sind die Stränge,
Gefesselt ist der große Freiheitsbrief.

geschlossen ist, um dann zwar mit Luther auszusprechen, „das Wort sie sollen lassen stahn“, ohne doch den Inhalt dem Bereiche der kritischen Auffassung und Auslegung zu entziehen, deren Berechtigung, wie der Redner treffend zeigte, schon in dem von dem göttlichen Gedanken angenommenen Kleide der Poesie und Philosophie liegt. Der Evangelist Johannes ist Philosoph und der Apostel Paulus ist Philosoph, das poetische Element ist repräsentirt in den anderen Evangelisten, besonders aber im alten Testament und in der zum Theil aus dem Boden des alten Testaments erwachsenen „Offenbarung Johannes.“ Wie die Poesie dazu dient, den göttlichen Inhalt dem menschlichen Herzen näher zu bringen, so die Philosophie, fortdauernd das menschliche Denken damit zu erfüllen. Die Philosophie, welche ihrerseits nicht ohne Glauben ist, hat nicht die Aufgabe, den Glauben zu zerstören, sondern zu verklären.

Zielen Philosophie und Christenthum auseinander, so würden auf einer wie auf der anderen Seite nur Schattengestalten übrig bleiben, ohnmächtig, ein wahres Geistesleben zu erzeugen. — Der sorgfältig ausgearbeitete Vortrag war nicht nur durch seinen gedanklichen Gehalt höchst anregend, sondern auch durch den unbefangenen Standpunkt, von welchem er ausging, von wohlthuender Wirkung.

— Wie wir hören, erhielten die Katholiken unserer Provinz, welche bei Beginn der Fasten sich um einen Dispens bewarben, denselben in diesem Jahre nur gegen ein Entgelt. Der aus diesen allerdings in das Belieben der Dispens Einholenden gestellten Beiträgen sich ergebende Fond soll zu Diöcesanzwecken verwendet werden, kann aber auch wohl theilweise als Peterspfennig nach Rom gehen!

— [Statistischer Verein.] Herr Ober-Regierungsrath Ditmar sprach über geologische Verhältnisse unserer Provinz. Den wesentlichen Inhalt des Vortrages werden wir unseren Lesern später mittheilen. Wir bemerken heute nur, daß derselbe eine sehr zeitgemäße Anregung gab, diesem für die Statistik unserer Provinz so wichtigen Zweige besondere Aufmerksamkeit zu schenken und das vorhandene, allerdings noch dürftige, Material sorgfältig zu sammeln. In der an den Vortrag sich anknüpfenden Besprechung machte sich die Erwartung geltend, daß durch die bei der Ausführung der neuen Eisenbahnbauten vorzunehmenden Brunnenbohrungen manche unsere geognostischen Kenntnisse bereichernden Ergebnisse gewonnen werden dürften. Im Uebrigen ist der Verein entschlossen, auf die Vornahme von Tiefbohrungen in der Provinz nach Kräften hinzuwirken. Verlässliche Mittheilungen aus der Provinz über geologische oder geognostische Beobachtungen würden dem Vereine von großem Werth sein.

k. B. u. 2. März. [Wohlthätigkeit.] Das in dem Referate vom 30. Januar c. in Nr. 27 dieser Zeitung erwähnte Unterstützungskomitee, dem der Kaufmann Bellach beigetreten ist, hat seine Wirksamkeit durch Veranstaltung eines Konzerts in dem Bellachschen Saale, am 25. Februar — das Billet à 10 Sgr. — und unmittelbar darauf erfolgter Verloosung der von Wohlthätigern hiesigen Orts und Umgegend dem Komitee zugegangenen Geschenke, verschiedener Gegenstände, geschlossen. Das Resultat ist eine reine Einnahme von 135 Thlrn. nach Verichtigung aller Unkosten.

Bei der wider Erwarten so ansehnlichen Einnahme hat das Komitee, in Erwägung der drückenden Noth vieler hiesigen Einwohner, bestimmt, daß die Hälfte der Einnahme den Nothleidenden in Ostpreußen übersandt werde, die zweite Hälfte mit 67 Thlr. 15 Sgr. aber hier zur Vertheilung komme. Herr Bellach hat sich durch Annahme, Aufbewahrung und Ausstellung der Geschenke, Arrangirung des Konzerts und Leitung der Verloosung, so wie Bewilligung des Totals Dank erworben.

In dem Polizeidistrikt B. ist für die Nothleidenden in Ostpreußen die Summe von 40 Thlr. 8 Sgr. 1 Pf. gesammelt und an die königliche Kreiskasse zu Neumünster abgeliefert.

Δ Bromberg. Das Gastspiel von Alexander Liebe muß wegen des Todes seiner Gattin verschoben werden. Die gefeierte Aufführung von Lessings Emilia Galotti gehörte zu den besten der Saison.

Herr R. Genée wird Montag in der Aula der Realschule mit einigen Schattenspiele-Vorlesungen uns erfreuen.

Die Musik-Akademie unter Leitung des königl. Musik-Direktors Goebel hat Mittwoch sein 5. Winter-Konzert. Dieselben erfreuen sich stets eines zahlreichen und gewählten Publikums.

Der technische Verein wird Mittwoch über die in diesem Sommer zu veranfaltenden Exkursionen nach den verschiedenen Fabrikanlagen in und um Bromberg, sowie eine Fahrt nach den schiefen Ebenen bei Elbing Beschluß fassen.

— Schneidemühl, 3. März. Am 27. v. Mts. gab unsere Liedertafel für unsere Armen ein Konzert, das diesen die erhebliche Summe von 78 Thlr. 11 Sgr. eintrug. Zu dieser Einnahme konkurrierten drei Vereine, von denen der eine die Hälfte, die beiden andern je ein Viertel derselben erhielten. Diese Besserpaltung der Vereinsfähigkeit dürfte zwar nicht im Interesse der Sache liegen, doch da der Partikularismus sich hier nur in der Wohlthätigkeit dokumentirt, so ist mit ihm nicht allzu streng zu rechnen.

Bekanntmachung.

Außerordentlichen Beiträgen sind uns ferner zugegangen:
1) für die nothleidenden Ostpreußen: Von Herrn Militärprediger Gentz 2 Thlr., von Herrn Regierungs-Assessor Freiherrn v. Massenbach in Braustadt 125 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf., Ertrag einer Theater-Vorstellung von Dilettanten

Nun jubelst du hinaus in's Weltgedränge:
Wir nach ihr Andern! Und sie athmen tief!

Die Wurzeln fest, im Stamme reiches Mark,
Den Gipfel stolz gekrönt, so bist du stark
Nach bösen Ungewittern, Freude, Friede!

Dein Herz erbebe fürder selig, leif,
Vor Wonne schauernd, gleich dem grünen Reis,
Darauf ein Vogel hüpf mit süßem Liede. —

Wir wollen wünschen, daß dieser Triumphgefang nicht verfrüht sein und der Völkerrückgang Destrreichs keinen winterlichen Rückschlag erleiden möge.

— Gustav Rasch wartet nur noch die Beendigung seines neuen Buches „Aus meiner Festungszeit“, welches gegenwärtig das Feuilleton der „Rheinischen Zeitung“ bringt, ab, um dann einen lang gehegten Plan auszuführen und die Türkei, Griechenland, den Pyraus und Randia zu besuchen. Namentlich in Bezug auf das Letztere darf man interessanten Berichten entgegensehen.

— Neuerliche Mittheilungen über Loring brachten höchst kuriose Angaben über den Ertrag von dessen Opern namentlich von der populärsten derselben: „Saar und Zimmermann“ zur Kenntniß des Publikums. Das Leipziger Stadttheater, bei dem er angestellt war, gab ihm gar kein Honorar dafür. Das Berliner Hoftheater zahlte ein für alle Mal 300 Thaler dafür, das Münchener 100. Weimar lehnte die Oper ab, ebenso Kassel, wo der Intendant das Tonwerk einen „alten Schmarren“ nannte. Die damalige Kaiserin von Rußland wies das ihr zugestellte Pracht-Exemplar der Partitur einfach zurück, und als der Komponist es dem Berliner Hoftheater-Intendanten, Grafen Redern, zustellte, schenkte ihm dieser ein paar alte Vasen dafür.

in Braustadt, von demselben 2 Thlr. 22 Sgr. Beiträge und 1 Thlr. 17 Sgr. von Schülern in Moraczewo für nothwendende Schüler in Dittpreußen, von Hrn. Distrikts-Kommissarius Knopf in Braustadt 207 Thlr. 16 Sgr. 7 Pf., Sammlung im Braustädter Distrikt. Hierzu noch 10 Thlr. von Frau S. in Schrimm, macht Summa für Dittpreußen 349 Thlr. 14 Sgr. 1 Pf., welche an den Frauen-Verein in Berlin mit dieser Bestimmung abgesandt sind. Frühere Sendung 201 Thlr. 5 Sgr. 4 Pf. Summa 540 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf.

2) Für sonstige Zwecke des Frauen-Vereins von Frau v. Knoll auf Hohenwalden 5 Thlr., Fräulein M. und L. Willenbächer 10 Thlr., Frau Mathilde Hegder auf Lufow bei Grätz 10 Thlr., Frau Marie Maack auf Groß-Kroßhyn 2 Thlr., Frau Julie Maack auf Mlynkowo 2 Thlr., Frau Baronin v. Massenbach auf Bialosk 10 Thlr., durch Excellenz Frau v. Horn von ungenannter Geberin 50 Thlr., desgleichen 15 Thlr., Frau Bernard hier 3 Thlr., Frau Elise Heusermann auf Napachanie 1 Thlr.

Den gütigen Gebern unsern warmsten Dank zugleich auch Namens des Berliner Frauenvereins, der unsere Sendungen mit der Bitte um fernere Hülfe empfangen hat, die für Dittpreußen noch immer dringend nöthig ist. Wir sind gerne bereit fernere Beiträge anzunehmen und nach Bestimmung der Geber zu verwenden. Die Zahl unserer Mitglieder ist auf 147 gestiegen und mehrere Zweigvereine sind in der Bildung begriffen.

Die geehrten Damen, welche sich der Sammlung von Beiträgen und Beitrittserklärungen unterzogen haben, bitten wir, die Sammelbogen nebst dem Gelde an unsern mitunterzeichneten Schatzmeister mit der die Portofreiheit sichernden Adresse:

„Beiträge für den Frauen-Zweig-Verein in Posen“ einzusenden, wonächst ihnen neue Blankets zu gleichem Zweck zugehen werden. Posen, den 28. Februar 1868.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Zweig-Vereins.

Clara v. Alvensleben. Elwine Berger. Marie Viesfeld. Doris v. Horn, Vorstehende. Bertha Jaffe. Marie v. Krävel. Helene Schulz-Wölder. Emilie Wolkowik. v. Alvensleben, Forts. Inspektor. Samuel Jaffe, Kaufmann und Schatzmeister des Vereins. Naumann, Geh. Regierungsrath und Ober-Bürgermeister. Graf Unruh, Stadtrichter. Wegner, Ober-Regierungsrath.

Gräßliche Anerkennungen wohlthätiger Genussmittel.

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstraße 1. Lyken, 5. Januar 1868. „Ihrer unvergleichlichen Malz-Gesundheits-Chokolade verdanke meine Frau, welcher der Kaffeegenuss nicht zuträglich war, die vollständige Kräftigung ihrer Verdauungsorgane; der Appetit ist wieder rege, und sie kann sich von diesem trefflichen Fabrikate gar nicht mehr trennen.“ (Neue Bestellungen.) G. Salinger. — Ischl a. D. „Senden Sie mir von Ihrer vorzüglichen Malzgesundheitschokolade.“ Gräfin Sidinger. — „Erlauben Sie mir von Ihrem mir so sehr empfohlenen Malzextrakt-Gesundheitsbier.“ A. Gräfin Numerstisch zu Ryglitz (Galizien). — Schlagunen (Aurland), den 3.—15. Dezember 1867. „Ich bitte ich um 10 Pfund Ihrer Malz-Gesundheits-Chokolade, ich lasse mir jeden Morgen eine Tasse Chokolade bereiten. Ein prächtiger Appetit, der sonst mangelte, hat sich, seitdem ich sie genieße, eingestellt, und das Unbehagen, der beständige Begleiter eines schwachen Magens, ist total verschwunden. Mein Arzt ist mit dem fortgesetzten Gebrauch der Chokolade ganz einverstanden, und bin ich überzeugt, daß sich bald mehrere Personen finden werden, die meinem Beispiel folgen.“ Baron Eduard von Nettelhorst, Majoratsherr auf Schlagunen.

Vor Fälschung wird gewarnt!

Von sämtlichen weltberühmten Johann Hoff'schen Malz-Fabrikaten halten stets Lager: in Posen, General-Depot und Haupt-Niederlage bei **Gehr. Plesner**, Markt 91., Niederlage bei **R. Neugebauer**, Wilhelmplatz 10.; in **Wongrowitz** Herr **Th. Wohlgemuth**; in **Neutomischel** Herr **Ernst Tepper**; **A. Jaeger**, Konditor in Grätz.

Angelommene Fremde

vom 4. März

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Graf Ostrowski aus Polen und v. Sander aus Chancie, Gutsbesitzer Sasse aus Neuborf, die Kaufleute Bohne aus Bremen, Schreuer und Oberwarth aus Berlin und Mod aus Frankfurt a. M.

DEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Rudowski nebst Frau aus Spodleska, die Kaufleute Wolfsohn aus Neustadt a. B. und Berg aus Krefeld, Pfarrer Wende aus Hegerdorf, Partikulier Wachtel aus Posen, Propst Jordan aus Niepruzewo.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Lütgen aus Leipzig, Victor aus Berlin, Geißel aus Hanau, Silbermann aus Breslau, Schmiedtchen aus Schwerin und Soldan aus Frankfurt a. M., Fabrikbesitzer Wierheim aus Dresden.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Weitwats aus Gumbinnen, Bernau und Sukert aus Breslau und Silberstein aus Plochin, die Gutsbesitzer Förder aus Lindenstadt und v. Grofowski aus Batowo, die Rentiers Toporowski aus Grätz und Stengel aus Berlin.

HOTEL DE BERLIN. Pastor Voigt aus Jopphomo, Gutsbesitzer Seiderdahl aus Plawce, Kaufmann Niemschneider aus Breslau, Landwirth Grabowski jun. aus Krotoschin, Gutsbesitzer Chelmicki aus Przybroda.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Skoraszewski aus Wyszka, die Eigenthümer Inaniecki aus Palosc und Lipki aus Dembe, Propst Jezierski aus Dombrowa, Gutsbesitzer Przybylski aus Jaroslawice.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Brzeski nebst Frau aus Lubkowo und v. Koperski aus Stepocin, königl. Oberamtmann Borchardt aus Beglewo, Frau Stan aus Gollancz.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Swinarski aus Debege, Niezychowski aus Jolice und Starzynski aus Szwabow.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Sommerfeld aus Netla, S. Licht und M. Licht aus Pudewitz und Sternberg aus Gnesen, Deconom Wozniak aus Krotoschin.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Klempnermeister Niski aus Grätz, die Kaufleute Hirsch und Birker aus Buk, Postbeamter Zapper nebst Familie aus Kunitz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Am 9. März d. J. Vormittags 10 Uhr werden etwa 40 Senter alte, zur Vernichtung mittelst Einfampens in einer Papiermühle bestimmte Alken und Kassenbücher im Wege des Meistgebots vor dem Regierungs-Sekretär **Griemberg**, und zwar im Geschäftszimmer desselben verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen können täglich im gedachten Geschäftszimmer eingesehen werden.

Posen, den 27. Februar 1868.

Königliche Regierung;
Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

v. Münchhausen.

In dem Konkurs über den Nachlaß des Kaufmanns **Marcus Rosenfeld** zu Posen ist der Kaufmann **Cleminow** zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Posen, den 27. Februar 1868.

Königliches Kreisgericht.
Abtheilung für Civilsachen.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann **Fritz Wladislaus Jensch** zu **Zanowice** hat für seine Ehe mit **Ida** geborene **Wogtlaender** durch Vertrag vom 14. Dezember 1867 die Gemeinshaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen.

Dies ist in das Register zur Eintragung der Ausschließung der Gütergemeinshaft unter Nr. 4. heute eingetragen worden.

Wongrowitz, den 28. Februar 1868.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreis-Gericht
zu Birnbaum,
den 14. Dezember 1867.

Das zu Kriebelmühle unter Nr. 354. belegene, dem Mühlenbesitzer **Karl Julius Karow** und seiner Ehefrau **Anna** geborenen **Schwachhöfer** gehörige Mühlengrundstück, abgetheilt auf 6470 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 20. Juli 1868

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus dem Kaufgelder Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruche bei dem Gerichte zu melden.

Die unbekannten Erben des Ausgebirgers **Samuel Röhr** und seiner Ehefrau **Dorothea** geb. **Lehmann** werden öffentlich vorgeladen.

Holzverkauf.

Zum Verkauf von verschiedenen Bau- und Brennholzen aus dem Einschlage pro 1868, gegen gleich baare Bezahlung nach dem Meistgebot unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen, stehen pro zweites Quartal 1868 folgende Termine an:

für die **Oborniker** Reviere
am 2. April, im Gasthofe des
- 12. Mai, Hrn. **Marquardt**
- 16. Juni, zu Obornik,

für die **Polaschower** Reviere
am 15. April, im Gasthofe des
- 19. Mai, Herrn **Klau** zu
- 22. Juni, Boruszyn,

jedes Mal von **Vormittags 10 Uhr** ab. Kaufslustige werden hierzu mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Aufmaackregister des Bauholzes einige Tage vor dem Verkauf in der hiesigen Registratur eingesehen werden können und die betreffenden Forstschutzbeamten angewiesen sind, die zum Verkauf gestellten Hölzer auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen. Boruszyn, den 22. Februar 1868.

Der königliche Oberförster.
Spiller.

Bekanntmachung.

Nachdem über den Nachlaß des am 27. September 1867 zu Grzybowo verstorbenen Probes **Stephan Brzezinski** das erbbaufällige Liquidationsverfahren eröffnet worden, werden alle Erbschaftsgläubiger und Legatäre aufgefordert, ihre Forderungen, sie mögen bereits rechthängig sein oder nicht, bis zum

1. Juni 1868

bei dem unterzeichneten Gerichte schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Gegen diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird in dem Präklusions Erkenntniß, welches sogleich nach Verhandlung der Sache in der

auf den 9. Juni c.

Vormittags 11 Uhr

in unserem Audienssaale anberaumten öffentlichen Sitzung abgefaßt werden soll, dahin erkannt werden, daß sie sich wegen ihrer Befriedigung nur an dasjenige halten können, was nach vollständiger Befriedigung aller rechtzeitig angemeldeten Forderungen von der Nachlassmasse mit Ausschluß aller seit dem Ableben des Erblassers gezogenen Forderungen übrig bleibt. Bei Anmeldung der Forderungen muß der Name, Wohnort und Stand der Gläubiger, sowie der Betrag und der Rechtsgrund der Forderung unter Angabe der Beweismittel enthalten und in zwei Exemplaren eingereicht werden.

Gnesen, den 19. Februar 1868.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Sprzedaż konieczna.

Królewski sąd powiatowy
w Międzychodzie,
dnia 14. Grudnia 1867.

Nieruchomości położone w Kriebelmühle pod Nr. 354, do właściwości młyna **Karola Juliusa Karowa** i żony jego **Anny** z **Schwachhöfer** należące, oszacowane na 6470 tal. wedle taksy, mogącej być przejętą wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w registraturze, ma być

dnia 20. Lipca 1868.

przed południem o godzinie 11. w miejscu zwykłym posiadacz sądowych sprzedane.

Wierzyście, którzy dla pretensji realnej nie okazującej się z księgi hipotecznej, zaspokojenia z ceny kupna poszukują, winni się z swoją pretensją do sądu zgłosić.

Nieznanym sukcesorów wymiennika **Samuela Roehra** i żony jego **Doroty** z **Lehmann** zapożywa się publicznie.

Bekanntmachung.

Der zu 108 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. veranschlagte Bau eines Brunnens auf der Geseßelle **Kowalowka** soll an den Mindestfordernden vergeben werden, wozu ich einen Vicitations-Termin auf den 12. März Vormittags 8 bis 12 Uhr in meinem Bureau anberaume habe. Der Anschlag kann in meinem Bureau eingesehen werden, auch werden Kopien desselben gegen Erstattung der Kopialien verabfolgt.

Obornik, den 3. März 1868.

Der Kreisbaumeister **Plath.**

Marmor- u. Auktion.

Freitag den 6. März früh von 10 Uhr und Nachmittags von 3 Uhr ab werde ich **Wilhelmsplatz 12**, Ecke der großen Ritterstraße, die noch vorhandenen

Kunst-Artikel

von Marmor, Marmor und Marmor, als: Vasen, Kannen, Schalen, Briefbeschwerer, Leuchter und andere Luxus-Gegenstände versteigern.

Rychlewski,

Königl. Auktions-Kommissar.

Bekanntmachung.

In Folge Auftrages des königl. Kreisgerichts hiersebst werde ich

am 11. März d. J.

Vormittags 11 Uhr

im Speicher des Bürgers **Lutafewicz** am Viehmarkt hiersebst ein Flügel-Instrument von Polisanerholz inkl. Kasten

im Wege der öffentlichen Auktion gegen baare Bezahlung an den Meistbietenden verkaufen, wozu Kaufslustige eingeladen werden.

Pleschen, den 26. Februar 1868.

Jahns, Auktions-Kommissar.

Das, den Erben des königl. Domänen-Raths **Tonn** gehörige, in der Kreisstadt Mogilno belegene Vorwerk, bestehend aus massiven Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und p. p. 400 Morgen Weizenboden soll erbbaufälliger mit vollständigem Inventarium, Getreide- und Futtervorräthen auf dem Wege freiwilliger Subhastation am 23. März d. J. an Ort und Stelle an den Meistbietenden verkauft werden.

Das Grundstück, reizend gelegen, ist in höchster Kultur, hat reiches Vieh-Verhältnis und erhält unmittelbare Lage an der Eisenbahn, deren Bau von Posen nach Thorn, resp. Bromberg bereits beschlossene Sache ist.

Vorherige Auskunft wird Selbst-Käufern erteilt durch die Testaments-Vollstrecker, Rittergutsbesitzer **Matthes** auf Bzodczyn bei Mogilno und den königlichen Distrikts-Kommissar **Profé** in Kletko.

Eine Wirtschaft von 93 Morgen vorzüglichem Bodens mit massivem Wohnhaus und guten Wirtschaftsgebäuden ist billig zu verkaufen. Näheres Markt 89. 1 Tr. im Komptoir.

Landgüter von 100 bis 3000 Morgen Größe, mit hinreichenden Wiesen, komplettem Inventarium und vollständigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, von denen mir spezielle Anschläge seitens der Herren Verkäufer übergeben sind, weise ich zum billigen Kaufe nach.

Gerson Jarecki,

Magazinstraße 15. in Posen.

Geschäfts-Eröffnung.

Zu den vier Jahreszeiten.

Schloßstraße Nr. 3. im Hause des Herrn Geheimrath Naumann habe ich heute unter meiner Firma

ein Magazin eleganter Herren-Garderoben,

verbunden mit einem wohlaffortirten Lager sämtlicher Nouveautés eröffnet, welches Unternehmen ich einem hohen Adel, sowie einem hochgeehrten Publikum bestens empfehle. — Bestellungen werden prompt und zu soliden Preisen effectuirt.

C. Schulz,

Schneidermeister für Civil und Militär.

Diätetische (Schroth'sche) Kur.

Naturgemäßes Heilverfahren von anerkannt überraschenden Erfolgen, besonders in nachstehenden Fällen:

Wagen-, Leber-, Hämorrhoidal-Leiden, Hypochondrie, geschlechtlichen Schwachzuständen, beginnenden Lähmungen, Gicht, Rheumatismus, Skropheln, Ausschlägen; Frauenkrankheiten: Bleichsucht, Syphilis, Gebärmutterleiden, Ausflüssen, Unfruchtbarkeit u. Briefliche Anmeldungen wegen Aufnahme franko an

Dr. Kles in Görlitz.

Heilung von Syphilis und Hautkrankheiten.
Dr. Holzman, Büttelstr. 12.

Die

Vieh-Kommissions-Handlung

von **C. Wagener & Co.,**

Berlin, Landsbergerstr. 10.,

empfehlen sich den Herren Gutsbesitzern zum Verkauf von fettem Vieh am hiesigen Platz, zählt nach Verkauf desselben den Erlös, auch weist dieselbe auf Verlangen Käufer nach.

Auf dem Dom. **Brodziszewo** bei **Sauter** sind einige **Esch** junge, veredelte, hochstämmige Obstbäume zu verkaufen.

Dr. E. Baumstark.

Dr. E. Baumstark.

Schwunnpflüge

neuerer Konstruktion von reinem Schmiedeeisen — ohne alle Holzbestandtheile — welche in der hiesigen Gegend bei renommierten Gutsbesitzern bereits eingeführt sind und sich als praktisch bewährt haben, worüber sachverständige Gutachten vorgelegt werden können, empfehle ich in zwei verschiedenen Sorten zum Preise von 8 und 9 Thlr.

Schmiedeg., den 24. Februar 1868.

T. Radkiewicz,

Kaufmann.

Trauer-Rosen

mit jährlieh niederhängenden Zweigen zur sinnigen Verzierung von Gräbern und feinen Rasenplätzen in Höhen 5—9 Fuß hohen Bäumen, a Stück 1—1 1/2 Thaler, sowie schön betonte hochstämmige Rosen in den neuesten Prachtformen (über 2000 Sorten, Cataloge franco und gratis) empfiehlt

Köstrig, **F. Reuss, J. Ernst Hergen,**

Rosengärtner.

Riefer-Samen

wie auch andere Waldsamerien, in frischer, zuverlässiger Qualität. Riefen-, Nichten- und Eichenpflanzen u. zu Kulturen und Partanien offerirt billigst und sendet auf Verlangen Preisverzeichnisse gratis. **Schönthal bei Sagan** in Nieder-Schlesien.

H. Gaertner.

Riefen-Munkelraben-Samen, gelbe Pohlische Sorte, den Scheffel 5 Thlr. 10 Sgr., die Mege 10 Sgr. verkauft

A. Zimmermann in Lowenitz bei Schwerin.

Riefen-Munkelraben-Samen, gelbe Pohlische Gattung, den Scheffel 5 Thlr. 10 Sgr., die Mege 10 Sgr. verkauft

C. Heinze, Vorwerfbesitzer in Kletko.

Frischen amerikanischen

Pferdezahn-Mais, sowie sämtliche Feld-, Wiesen- u. Wald-Samerien, Saatgetreide und künstliche Düngemittel empfiehlt **L. Kunkel.** Preisverzeichnisse stehen zu Diensten.

Domium Bralin,

Poln.-Wartenberg, hat von den bereits offerirten Kartoffeln noch

500 Centner
Sechswochenkartoffeln u. 300

Centner Farinosen zu verkaufen.

Die Propstei **Komornik** per Posen hat 400 Schfl. schöner, gesunder Kartoffeln z. v.

16 Mastochsen

verkauft **Lagiewniki** bei **Alcko.**

Im Siedleer, hart an der Breschen-Kolstrazner Chaussee liegenden Walde, umgeben von sehr fruchtbarer Erde, befinden sich **Bau-, Holz- und Brennholz** durch den dortigen Förster laut Tage verkauft. Das Bauholz ist von unverhältnismäßig langem und schönem Buchse.

Ein starker Arbeits-Wagen steht zu verkaufen **Salzdorf** Straße Nr. 15.

Steinkohlen

vom Wagon und vom Hofe offeriren billigst

K. Molinski & Co.,

Berlinerstr. 16.

Flüssige und harte Glycerinseife, Glycerin-Creme (Santopomade) empfiehlt als unfehlbares Mittel gegen spröde und aufsprungende Haut

die Parfümerie-Handlung von

O. Danczyński,

10. Wilhelmplatz, 10., vis-a-vis dem Theater. (Beilage.)

Aug. 20, Sun. Sun. = 4. Sat. Aug. 21. St.

